



Beim Interview mit der „Presse“ erzählt Klimaministerin Leonore Gewessler, warum sich Klimaschutz auch für Standort und Lebensqualität lohnen soll. (Clemens Fabry)

„Kein Klimaschutz ist am teuersten“

VON ELISABETH HOFER

Die Presse: Frau Ministerin, Sie wollen nicht Spitzenkandidatin für die EU-Wahl werden, weil Sie sagen, es gibt in Österreich noch so viel für Sie zu tun. Wirklich viel Zeit bleibt dafür aber nicht mehr.

Leonore Gewessler: Wir haben gesehen, dass grüne Klimapolitik wirkt. Aber es wäre vermessen zu glauben, dass wir nach vier Jahren bei der größten Herausforderung der Menschheit schon am Ziel sind. In dem Dreivierteljahr bis zur Wahl erwarten sich die Menschen, dass wir weitere Lösungen bringen und nicht die Arbeit einstellen. Das Klimaschutzgesetz ist noch offen, das ist kein Geheimnis.

Kommt das noch?

Könnte ich allein entscheiden, wäre es schon eines. Ich brauche dafür aber eine Mehrheit, und an der arbeite ich. Bei vielen anderen Gesetzen oder dem Klimaticket ist das auch gelungen. Ich habe mir einen Ruf der Hartnäckigkeit erworben und werde auch hier dranbleiben.

In Deutschland protestieren gerade die Bauern, weil sie doch KFZ- und Dieselsteuer zahlen müssen. Ist das gerechtfertigt?

In einer liberalen Demokratie hat jede Gruppe das Recht, ihren Standpunkt durch Protest auszu-drücken. Aber wenn da jetzt Galgen auf Traktoren mitgeführt werden oder im privaten Umfeld bei Politikern mit Traktoren vorgefahren wird, dann werden Grenzen überschritten. Robert Habeck hat ja schon darauf hingewiesen, dass die Proteste unerwünscht sind, von Leuten, denen es gar nicht um die Anliegen der Landwirtschaft geht. Wir müssen darauf aufpassen, dass wir nicht extremistischen Kräften eine Bühne bieten.

Die Bauern blockieren auch Zufahrten. Man könnte eine Analogie zu den Klimaklebern sehen.

Es gilt dort wie da: Wir haben Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht und Platz für zivilen Ungehorsam. Das hält eine starke Demokratie aus. Aber ein Galgen ist keine Einladung zu einem Diskurs oder einer Lösungsfindung.

Zu den Aktionen der Letzten Generation haben Sie gemeint, so mache man Klimaschutz nicht mehrheitsfähig. Aber kann man Klimaschutz schnell genug umsetzen, wenn er auch für alle angenehm sein soll?

Wenn man sich traut und um Lösungen ringt, dann gelingt das. Ein Beispiel: Der Ausbau der Erneuerbaren ist gut für den Klimaschutz, aber er macht uns auch weniger abhängig von russischen Autokra-

Interview. Klimaministerin Leonore Gewessler spricht über offene Projekte, Scharmützel mit der ÖVP, Postenbesetzungen und ihre politische Zukunft.

ten, schafft heimische Wertschöpfung und nicht Arbeitsplätze in Saudiarabien. Selbst wenn man das also nicht aus Umweltgründen macht, sondern aus standortpolitischen, wirtschaftlichen oder Lebensqualitätsgründen, ist der Klimaschutz eine Lösung für eine gute Zukunft in unserem Land.

Sie haben tatsächlich schon einiges aus dem Regierungsprogramm umgesetzt. Die Umfragen zeigen aber, dass die Wähler das nicht honorieren.

Für Parteien, die in der Zeit der Krisen Verantwortung übernehmen und ein Land navigieren, ist es schwierig. Das sieht man in ganz Europa. Die Grünen haben ein sehr klares Profil und sind damit zu einem Kristallisationspunkt in der Debatte geworden. In ein Wahljahr gehend, halte ich es für ein bisschen wenig, wenn andere Parteien nur sagen, welche grünen Ideen ihnen nicht gefallen, sie aber keine eigenen Ideen haben.

Sie meinen Andreas Babler, der die CO₂-Steuer aussetzen will?

Auch am Beispiel SPÖ sieht man: Beim Klimaschutz kann man sich nur auf die Grünen verlassen. Wenn Andreas Babler einen Schritt gemacht hat, hat es nicht lang gedauert, bis ihn jemand aus seiner Partei zurückgepfiffen hat.

Niederösterreichs Landeshauptfrau weigert sich, das Pendlerpauschale anzugreifen.

Ich halte diese Debatte für unredlich und unseriös. Es sind sich alle über zwei Dinge einig: Ja, es braucht das Pendlerpauschale, aber ja, es ist auch wichtig, es zu verbessern, es etwa gerechter zu machen. Was Johanna Mikl-Leitner hier macht, zerstört nur die Debatte über Lösungsmöglichkeiten.

Mikl-Leitner sagt auch, Sie müssten sich an Gesetze halten und den Lobau-Tunnel bauen.

Auch an dieser Diskussion merkt man, dass wir ins Wahljahr gehen. Die Faktenlage hat sich nicht geändert: Die Klimaneutralität 2040 ist eine riesige Herausforderung. Wir müssen in allen Bereichen schauen, dass wir positive Veränderungen auf den Weg bringen. Dazu gehört, Autobahnprojekte auf Klimaverträglichkeit zu überprüfen. Das haben wir gemacht. Ein Autobahnprojekt, das durch ein Naturschutzgebiet führt und am Ende mehr Verkehr bringt statt weniger,

ist 2024 nicht sinnvoll. Auch nicht im Hinblick auf den grassierenden Bodenverbrauch. Darum habe ich den Lobau-Tunnel gestoppt.

Das heißt, Sie wollen das jetzt einfach aussetzen?

Für die Lobau läuft ein rechtsstaatliches Verfahren, die strategische Prüfung Verkehr. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass man diesen Abschnitt aus dem Bundesstraßengesetz entfernen kann. Ich halte mich an dieses Verfahren.

Und wenn herauskommt, man kann ihn nicht streichen? Dann wird der Tunnel gebaut?

Ich bin überzeugt, die Untersuchung wird zeigen, es gibt bessere Lösungen als noch eine Autobahn. Zu diesem Schluss kommt ja auch der Klimacheck. Die strategische Prüfung ist dann eine Empfehlung für eine Entscheidung. Am Ende beschließt natürlich jedes Gesetz der Nationalrat.

Sie haben den Bodenschutz angesprochen: Da hat man sich noch auf keine finale Strategie einigen können. Gibt es Bewegung oder haben Sie das aufgegeben?

Es haben einige Länder und die Opposition Unterstützung für das Ziel von maximal 2,5 Hektar Bodenverbrauch pro Tag verbalisiert. Oberösterreich hat sich deutlich dagegen exponiert, aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen. Aber beim Informationsfreiheitsgesetz haben wir eine ähnliche Gemengelage gehabt, da waren nicht alle Länder von Anfang an überzeugt, und dann wurde es doch etwas.

Karoline Edtstadler hat den von Ihnen nach Brüssel geschickten Nationalen Energie- und Klimaplan zurückgepfiffen. Ein Vertragsverletzungsverfahren droht. Wie kann so etwas passieren?

Ich halte diese Vorgehensweise nicht für vernünftig. Das Vertragsverletzungsverfahren ließe sich einfach aus der Welt schaffen, indem Karoline Edtstadler ihren einseitig erhobenen Einspruch zurückzieht, dann kann die Kommission Feedback zu unserem Entwurf geben. Wir müssen dafür sorgen, dass der Plan, wie wir unsere verbindlichen Ziele erreichen, bis zum Sommer final vorgelegt werden kann. Für das, was noch fehlt, freue ich mich über Vorschläge aus allen Ministerien. Wovon ich nicht viel halte, ist, CO₂-Zertifikate aus dem Ausland zu kaufen.

Warum?

Weil wir dann Geld ins Ausland überweisen, statt in Österreich für mehr Lebensqualität, Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu sorgen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat gerade wieder erhoben: Klimaschutz rechnet sich, kein Klimaschutz kommt uns am teuersten.

Wir stehen vor dem Problem, dass in manchen Regionen kein Sonnenstrom mehr eingespeist werden kann, weil das Netz nicht genug Kapazitäten hat.

Künftig braucht es auch auf der regionalen Ebene langfristige Entwicklungspläne für die Netze. Wir haben gerade das neue Elektrizitätswirtschaftsgesetz in Begutachtung geschickt. Es schafft bessere Regeln für den Ausbau der Stromnetze und wir erleichtern den Anschluss für neue, grüne Kraftwerke.

Kommen wir noch zu einem anderen Thema: Sie setzen Elisabeth Landrichter, die Leiterin der Gruppe Luftfahrt aus ihrem Ministerium, an die Spitze der Austro Control. Generalsekretär Herbert Kasser wurde neuer Finanzvorstand der Asfinag. Versorgen Sie „Ihre Leute“ mit Jobs?

Elisabeth Landrichter ist eine ausgewiesene Expertin im Luftfahrtbereich. Sie war nicht nur im Ministerium tätig, sondern auch in diversen anderen Positionen in der Branche. Sie ist für diesen Job durch ein Auswahlverfahren gegangen, wie alle anderen auch. Herbert Kasser ist seit Jahrzehnten ein ausgewiesener Infrastrukturrexperte. Er ist seit 2007 im Verkehrs- bzw. Klimaschutzministerium tätig, wurde also von einem roten Minister als Generalsekretär geholt, von einem blauen wieder abgesetzt und von einer grünen Ministerin zurückgeholt. Jetzt will er sich verändern und hat sich für einen Job beworben, für den er hochgradig qualifiziert ist. Wir haben es also mit zwei hochkompetenten Menschen zu tun, die lang vor meiner Amtszeit im Ministerium waren. Jetzt daraus eine Geschichte über Postenschacher zu drehen, um mir zu schaden, finde ich unlauter diesen Personen gegenüber.

Schließen wir den Kreis zum Anfang: Sie gehen nicht nach Brüssel, Sie werden nicht Spitzenkandidatin für die Nationalratswahl. Was machen Sie nach der Wahl?

Ich werde mich im Team von Werner Kogler wieder bewerben. In welcher Funktion, entscheidet sich nach der Wahl. Bis dahin werde ich meine Arbeit als Ministerin gut weitermachen und für ein starkes Wahlergebnis der Grünen werben, weil wir für den Klimaschutz den Unterschied machen in dieser entscheidenden Dekade.

NACHRICHTEN

Rechnungshof verteilt 15.000 Euro

Das Parteiengesetz legt fest, dass Parteien unzulässige Spenden an den Rechnungshof weiterleiten müssen. Dieser verteilt sie nun weiter. An welche Gewalt- und Opferschutzeinrichtungen die 15.343 Euro gehen, dazu können Bürger Vorschläge machen. Bis zum 5. Februar werden sie per E-Mail unter burgerbeteiligung@rechnungshof.gv.at, per Direktmessage via Instagram oder Facebook sowie per Post (Dampfschiffstraße 2, 1030 Wien, Kennwort Bürgerbeteiligung) entgegengenommen.

Kanzleramt wirbt für mehr Väterbeteiligung

Das Bundeskanzleramt startet eine Kampagne, um das Bewusstsein für Väterkarenz und Papamonat, aber auch für den Wert einer aktiven Vaterrolle und einer gleichberechtigten Elternschaft zu schärfen. Unter dem Hashtag #papasein zeigt das Bundeskanzleramt u. a. auf Facebook, Instagram und YouTube-Videos von Vätern, die über die „schönen, aber auch herausfordernden Erfahrungen“ mit ihren Kindern berichten. Auf einer eigens eingerichteten Plattform gibt es rechtliche Informationen.

21 Millionen Euro für „Frühe Hilfen“

Bund, Länder und Sozialversicherung haben das Budget für das präventive Unterstützungsangebot „Frühe Hilfen“ ausgebaut. Es bietet Hilfe für Familien mit Babys und Kleinkindern, die mit sozialen Herausforderungen konfrontiert sind. Die Familien werden von Fachleuten, oftmals aus dem Gesundheitsbereich, an das regionale Netzwerk „Frühe Hilfen“ vermittelt, das Familien begleitet, mit ihnen die passenden Unterstützungsangebote wie z. B. Elternbildung, Erziehungsberatung etc. auswählt und Kontakt zu lokalen Anbietern herstellt. Statt bisher 5,4 Mio. Euro gibt es nun 21 Mio. Euro pro Jahr.

Korosec will mehr Rücksicht auf Ältere

Seniorenbund-Chefin startet „Dialogprozess“ zu Arbeit im Alter und Digitalisierung.

Wien. Seniorenbund-Chefin Ingrid Korosec kündigte am Freitagvormittag an, dieses Jahr einen großen „Dialogprozess“ starten zu wollen, um über Arbeit im Alter und Digitalisierung zu reden – und bestenfalls konkrete Gesetzesprojekte daraus abzuleiten. Wer bei dem Prozess dabei ist, könne sie noch nicht sagen – jedenfalls aber Experten und Politiker anderer Parteien, so bei ihnen Interesse besteht, erklärte die ÖVP-Politikerin. Inhaltlich sprach sich Korosec im Vorfeld für weitere Anreize für längeres Arbeiten – etwa eine Ausdehnung der Korridorpersönlichkeit auf 69 Jahre – aus, zudem forderte sie mehr Rücksicht auf die Älteren im Zuge der Digitalisierung. „Man kann von 90-Jährigen nicht erwarten, dass sie alles digital bewältigen können“, sagte Korosec, daher müsse die heimische Verwaltung „mindestens die nächsten zehn Jahre“ all ihre Leistungen auch analog anbieten. (kk)